

Inhaltsübersicht

Vorwort zur zweiten Auflage	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXXIII
Literaturverzeichnis	XXXVII
 1. Teil: Grundlagen	
§ 1 Die Zuwanderungssituation	1
§ 2 Die Entwicklung des Zuwanderungsrechts einschließlich rechtstatsächlicher sowie internationalrechtlicher Bezüge	5
 2. Teil: Allgemeines Zuwanderungs-/Aufenthaltsrecht	
§ 3 Einreise	21
§ 4 Aufenthalt (Voraussetzungen, Aufenthaltzwecke, Integration)	67
§ 5 Aufenthaltsbeendigung/Abschiebung/Sicherheit	427
 3. Teil: Europarechtlich geprägte Aufenthaltsrechte	
§ 6 Das Aufenthaltsrecht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen	529
§ 7 Aufenthaltsrecht nach EU-Assoziationsrecht	553
 4. Teil: Verwaltungsverfahren und Rechtsschutz	
§ 8 Verwaltungsverfahren und Mitteilungspflichten	593
§ 9 Rechtsschutz	611
 5. Teil: Straftaten und Ordnungswidrigkeiten nach dem AufenthG	
§ 10 Straftaten und Ordnungswidrigkeiten nach dem AufenthG	715
Anhang: Rechtsprechungskonkordanz	753
Sachverzeichnis	839

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur zweiten Auflage	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXXIII
Literaturverzeichnis	XXXVII

1. Teil: Grundlagen

§ 1 Die Zuwanderungssituation	1
§ 2 Die Entwicklung des Zuwanderungsrechts einschließlich rechtstatsächlicher sowie internationalrechtlicher Bezüge	5
A. Gegenstand	5
B. Historische Wurzeln	6
I. Fremdenrecht in der Antike bis zum Absolutismus	6
II. Beginn der Epoche der Nationalstaaten	7
C. Das deutsche Zuwanderungsrecht bis zur Teilung nach dem Zweiten Weltkrieg	7
I. Deutsches Reich	7
II. Weimarer Republik	8
III. Zeit des Nationalsozialismus	8
D. Das deutsche Zuwanderungsrecht bis zur Wiedervereinigung	9
I. Rechtslage nach dem Zweiten Weltkrieg	9
II. Anwerbevereinbarungen und Anwerbestopp	9
III. Ausländergesetz 1965	9
IV. Asylverfahrensgesetz 1982	10
E. Das deutsche Zuwanderungsrecht nach der Wiedervereinigung	10
I. Gesetz zur Neuregelung des Ausländerrechts 1990	10
II. „Asylkompromiss“ 1993 und Vorläufer	11
III. Der Weg zum Zuwanderungsgesetz 2004	11
1. Reformbestrebungen/Entwürfe	11
2. Gesetzgebungsverfahren/Überblick	11
IV. Richtlinienumsetzungsgesetze 2007, 2011, 2013 und weitere Rechtsänderungen im Überblick	12
V. Entwicklungen bis in die Gegenwart	13
F. Völker- und Europarecht	14
I. Völkervertragsrecht	14
II. Die Sonderstellung der EMRK	14
III. Allgemeine Regeln des Völkerrechts	15
IV. Europäisches Primärrecht (EG-Recht)	16
V. Europäisches Sekundärrecht	16
VI. Normenhierarchie	17
VII. Prozessuale Geltendmachung des Normvorrrangs	18
G. Zusammenfassung	18

2. Teil: Allgemeines Zuwanderungs-/Aufenthaltsrecht

§ 3 Einreise	21
A. Der rechtliche Rahmen für Einreise und Aufenthalt und seine Systematik	22
I. Die völkerrechtlich anerkannte Souveränität der Staaten als Ausgangspunkt	22
1. Territorialhoheit und Einreisegestattung	22
2. Völkervertragliche Öffnungen	23
II. Die Zuständigkeiten der Europäische Union im Bereich der Einwanderungspolitik	24
1. Die Kompetenzen der EU im Bereich der Einwanderungspolitik und der Grenzkontrollen	24
2. Einreisefreiheit auf Grund der Unionsbürgerschaft und der Personengrundfreiheiten	27
III. Auswirkungen auf die rechtliche Systematik des Aufenthaltsrechts und die Rechtsanwendung	27
1. Direkt anwendbares Unionsrecht	27
2. Durch EU-Richtlinien determinierte Bereiche des deutschen Aufenthaltsrechts	28
3. Verbliebene mitgliedstaatliche Kompetenzbereiche	28
4. Einfluss des Völkerrechts	28
IV. Die Schnittstellen zum Asyl- und Flüchtlingsrecht	29
B. Rechtsbegriff und Formen der Einreise, Grenzschutz	29
I. Einreise als Grenzübertritt	29
II. Gesetzliche Ausgestaltungen des Einreisevorgangs	30
III. Legale und irreguläre Einreise	31
IV. Kontrolle und Schutz an den Außengrenzen der EU	32
1. Zielsetzung der Grenzkontrollen	32
2. Grenzübergangsstellen	32
3. Zulässige und gebotene Kontrollmaßnahmen bei der Ein- und Ausreise	33
4. Pflicht zur Abstempelung von Reisedokumenten	35
5. Rechtsfolge fehlender Einreisestempel	35
6. Das Recht zur Einreiseverweigerung	35
V. Kontrolle und Schutz an den Binnengrenzen	36
1. Grundsatz des Kontrollverzichts	36
2. Ausnahmetatbestände	36
3. Im Grenzgebiet zulässige und untersagte Kontrollen	36
VI. Die Koordination von Schutzmaßnahmen an den Außengrenzen durch die Agentur Frontex	38
VII. Das Europäische Grenzüberwachungssystem EUROSUR	38
C. Die Einreise zu einem Aufenthalt von bis zu drei Monaten und das Schengen-Visum	39
I. Einreisevoraussetzungen für einen Kurzaufenthalt nach Unionsrecht ...	39
1. Übersicht	39
2. Besitz gültiger Grenzübertrittspapiere	39
3. Visumpflicht	39
4. Nachweis des Aufenthaltszwecks	40
5. Nachweis der Lebensunterhaltssicherung	40
6. Keine Ausschreibung im Schengener Informationssystem (SIS)	43
7. Keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung	43
8. Ausnahmen von den Regelanforderungen	45

II.	Die verschiedenen Visumarten	46
1.	Begriff, Funktionen und Rechtsnatur des Visums	46
2.	Visumpflichtige und visumfreie Drittstaatsangehörige	46
3.	Die verschiedenen Erteilungsformen von Kurzeit-Visa	47
III.	Das Verfahren der Visumerteilung	48
IV.	Die Entscheidung über den Visumantrag und ihre Rechtsfolgen	50
V.	Berechnung der Aufenthaltsfrist, Geltungsdauer und Verlängerung des Visums	51
VI.	Der Entzug von Schengen-Visa	52
D.	Die Einreise zu einem längerfristigen Aufenthalt	53
I.	Einreisevoraussetzungen nach nationalem Recht	53
II.	Das nationale Visum	53
1.	Grundlagen	53
2.	Visumpflicht für Ausländer	54
3.	Visumantrag und Prüfverfahren	56
4.	Materielle Voraussetzungen für die Visumerteilung	57
III.	Die Passpflicht	57
IV.	Fehlen eines Einreise- und Aufenthaltsverbots und von Zurückweisungstatbeständen	57
V.	Ausnahmetatbestände	58
1.	Ablehnung des Visumantrags	58
2.	Nationales Ausnahmevisum	58
VI.	Ausnahme von der Passpflicht	58
VII.	Betretenserlaubnis	58
E.	Einreise- und Aufenthaltsverbote	59
I.	Funktionen der Regelung	59
II.	Voraussetzungen und Fallgruppen eines Einreise- und Aufenthaltsverbots	59
III.	Befristung von Amts wegen	60
IV.	Aufhebung und Fristverkürzung	62
V.	Zuständige Behörde	62
VI.	Betretenserlaubnis trotz Einreiseverbot	62
VII.	Verstoß gegen ein Einreiseverbot	63
F.	Die irreguläre Einreise und ihre Folgen	63
I.	Fallkonstellationen der irregulären Einreise und rechtliche Einordnung	63
II.	Einreiseverweigerung nach Art. 14 SGK	64
III.	Zurückweisung nach § 15 AufenthG	64
IV.	Die Zurückweisungshaft und der Transitgewahrsam	66
V.	Straf- und Bußgeldtatbestände	66
4	Aufenthalt (Voraussetzungen, Aufenthaltszwecke, Integration)	67
A.	Allgemeine Voraussetzungen des Aufenthalts; Aufenthaltstitel	75
I.	Die Vermittlung des Aufenthaltsrechts durch Aufenthaltstitel	75
1.	Gruppen von Aufenthaltstiteln	79
2.	Inhalt des Aufenthaltstitels	88
3.	Aufenthalts Erlaubnisse für gesetzlich nicht geregelte Anlässe nach § 7 Abs. 1 S. 3 AufenthG	104
4.	Die Fiktionsbescheinigung	107
II.	Prüfungsschema zur Erteilung von Aufenthaltstiteln	114
III.	Wechsel des Aufenthaltszwecks	116
1.	Zulässigkeit und Beschränkungen nach dem Aufenthaltsgesetz	117
2.	Bedeutung	117

IV.	Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen	118
1.	Erfüllung der Visumpflicht	118
2.	Sicherung des Lebensunterhalts	129
3.	Klärung von Identität und Staatsangehörigkeit	141
4.	Fehlen eines Ausweisungsinteresses	143
5.	Nichtgefährdung von Interessen der Bundesrepublik Deutschland	146
6.	Erfüllung der Passpflicht	148
7.	Ausnahmen von den Regelerteilungsvoraussetzungen	156
8.	Terrorismusausschluss-Klausel	159
9.	Sperrwirkung eines Asylantrages oder erfolglosen Asylverfahrens ...	159
V.	Niederlassungserlaubnis	163
1.	Ausreichender Voraufenthalt	164
2.	Wirtschaftliche Integrationsvoraussetzungen	167
3.	Öffentliche Sicherheit und allgemeine Integration in die Lebensverhältnisse	168
VI.	Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU	169
1.	Erwerb des Status eines langfristig Aufenthaltsberechtigten	169
2.	Besonderer Aufenthaltstitel	170
3.	Kleine Freizügigkeit	171
4.	Verlust der Rechtsstellung	171
5.	Erteilungsvoraussetzungen	171
6.	Ausschlussstatbestände	173
7.	Anrechnung von Aufenthaltszeiten	174
8.	Vorhandensein fester und regelmäßiger Einkünfte	176
B.	Die einzelnen Aufenthaltzwecke	177
I.	Arbeitsmigration	177
1.	Historische Entwicklung des Arbeitsmigrationsrechts	178
2.	Arbeitsmarktrelevante Grundaussagen des AufenthG	180
3.	Einreise und Aufenthalt zum Zwecke der Erwerbstätigkeit	183
4.	Arbeitsmarktzugang für Geduldete	202
5.	Verwaltungsverfahren und Rechtsschutz	212
II.	Aufenthalt von Schüler, Studenten, weiteren Personen mit Ausbildungsbezug und Forschern	213
1.	Allgemeines	213
2.	Aufenthalt von Studenten	215
3.	Zweck- und Spurwechsel	223
4.	Ausländer mit humanitärem Aufenthaltstitel	223
5.	Aufenthalt zu sonstigen Ausbildungszwecken	223
6.	Aufenthalt von Forschern	224
III.	Aufenthalte aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen	229
1.	Allgemeines	229
2.	Die Aufnahme aus dem Ausland (§ 22 AufenthG)	238
3.	Aufenthaltsgewährung durch die obersten Landesbehörden (§ 23 Abs. 1 AufenthG)	244
4.	Aufenthaltsgewährung durch den Bund bei besonders gelagerten politischen Interessen (§ 23 Abs. 2 AufenthG)	250
5.	Neuansiedlung von Schutzsuchenden (§ 23 Abs. 4 AufenthG)	252
6.	Die Härtefallregelung (§ 23a AufenthG)	253
7.	Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz (§ 24 AufenthG)	260
8.	Aufenthaltsgewährung bei anerkannten Asylberechtigten (§ 25 Abs. 1 AufenthG)	264

9. Aufenthaltsgewährung für GFK-Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte (§ 25 Abs. 2 AufenthG)	268
10. Aufenthaltserlaubnis in Fällen des nationalen subsidiären Schutzes (§ 25 Abs. 3 AufenthG)	270
11. Aufenthaltserlaubnis zum vorübergehenden Aufenthalt (§ 25 Abs. 4 S. 1 AufenthG)	277
12. Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis bei Vorliegen einer außergewöhnlichen Härte (§ 25 Abs. 4 S. 2 AufenthG)	282
13. Aufenthaltserlaubnis für Opfer von Menschenhandel (§ 25 Abs. 4a AufenthG)	286
14. Aufenthaltserlaubnis für Opfer von Schwarzarbeit (§ 25 Abs. 4b AufenthG)	291
15. Aufenthaltsgewährung bei vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern (§ 25 Abs. 5 AufenthG)	293
16. Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden (§ 25a AufenthG)	306
17. Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration (§ 25b AufenthG)	321
18. Aufenthaltsverfestigung bei humanitären Aufenthalten (§ 26 Abs. 3 und 4 AufenthG)	331
IV. Familiennachzug	338
1. Allgemeines	338
2. Familiennachzug zu Deutschen	355
3. Familiennachzug zu Ausländern	360
4. Aufenthaltsverfestigung von Familienangehörigen – eigenständiges Aufenthaltsrecht, Niederlassungserlaubnis und Daueraufenthalt-EG	379
5. Eigenständiges Aufenthaltsrecht von Familienangehörigen	384
6. Erwerbstätigkeit der Familienangehörigen	389
V. Sonstige Aufenthalte	389
1. Wiederkehrende junge Menschen	389
2. Wiederkehrende Rentner	392
3. Wiederkehr nach Zwangsreise	393
4. Aufenthaltstitel für ehemalige Deutsche	394
5. Aufenthaltserlaubnis für in anderen Mitgliedstaaten langfristig Aufenthaltsberechtigte	399
C. Integrationskurse	403
I. Einführung	403
1. Integration als Gegenstand und Ziel des Zuwanderungsrechts	403
2. Begriff der Integration im deutschen und europäischen Zuwanderungsrecht	405
3. Überblick über die wichtigsten integrationspolitischen Maßnahmen in Deutschland und Europa	410
II. Der Integrationskurs als Kern des deutschen Integrationskonzepts	414
1. Ziel, Inhalt und Struktur des Integrationskurses	414
2. Die aufenthaltsrechtliche Relevanz der Teilnahme am Integrationskurs	416
3. Kosten und Finanzierung der Integrationskurse	417
III. Berechtigung zur Teilnahme am Integrationskurs	418
1. Teilnahmeanspruch	418
2. Zulassung im Rahmen vorhandener Kursplätze	420
IV. Verpflichtung zur Teilnahme am Integrationskurs	421
1. Voraussetzungen der Teilnahmeverpflichtung	421
2. Folgen der Pflichtverletzung	422

V.	Zulassung als Integrationskursträger	425
1.	Voraussetzungen für die Zulassung	425
2.	Verfahren der Zulassung	426
§ 5	Aufenthaltsbeendigung/Abschiebung/Sicherheit	427
A.	Ausreisepflicht, Ausweisung	429
I.	Ausreisepflicht	429
1.	Begriff	429
2.	Ausreisefrist	430
3.	Rechtsfolge	430
4.	Erfüllung der Ausreisepflicht	432
II.	Erlöschen eines Aufenthaltstitels	432
1.	Überblick	432
2.	Einzelne Erlöschensgründe	433
III.	Ausweisung	440
1.	Begriffsbestimmung und gesetzliche Systematik	440
2.	Rechtsfolgen	445
3.	Verwaltungsverfahren	447
4.	Ausweisungsanlass (§ 53 Abs. 1 AufenthG)	451
5.	Entscheidungsgrundlage und Abwägungskriterien (§ 53 Abs. 2 AufenthG)	451
6.	Sonderregelungen für einzelne Personengruppen (§ 53 Abs. 3 und 4 AufenthG)	452
7.	Bestimmung und Gewichtung des Ausweisungsinteresses (§ 54 AufenthG)	453
8.	Bestimmung und Gewichtung des Bleibeinteresses (§ 55 AufenthG)	457
9.	Verbrauch von Ausweisungsgründen	458
10.	Abwägungsentscheidung (§ 53 Abs. 1 u. 2 AufenthG)	459
11.	Prüfungsablauf	459
IV.	Befristung der Ausweisungsentscheidung nach § 11 AufenthG	461
B.	Abschiebungshindernisse	461
I.	Allgemeines	461
1.	Begriff und Regelungssystem	461
2.	Die Prüfungszuständigkeiten für Abschiebungshindernisse	462
II.	Der Abschiebungsschutz nach § 60 AufenthG	463
1.	Allgemeines	463
2.	Flüchtlingsrechtlicher Abschiebungsschutz (§ 60 Abs. 1 AufenthG)	464
3.	Subsidiärer Abschiebungsschutz (§ 60 Abs. 2, 4, 5 und 7 AufenthG)	481
III.	Der Abschiebungsschutz nach § 60a AufenthG	491
1.	Die generelle Aussetzung der Abschiebung (§ 60a Abs. 1 S. 1 AufenthG)	491
2.	Die Duldung im Einzelfall (§ 60a Abs. 2 bis 2d AufenthG)	491
3.	Verfahren und Rechtsfolgen (§ 60a Abs. 4 bis 6 AufenthG)	499
C.	Sonstige Anforderungen an die Abschiebung	501
I.	Das Abschiebungsverfahren	501
1.	Allgemeines	501
2.	Die Androhung der Abschiebung	501
II.	Die Abschiebungsanordnung	504
1.	Entstehungsgeschichte	504
2.	Verfassungsmäßigkeit des § 58a AufenthG	505

3. Voraussetzungen der Abschiebungsanordnung nach § 58a AufenthG	506
4. Rechtsfolgen der Abschiebungsanordnung nach § 58a AufenthG	508
D. Abschiebungshaft	509
I. Zweck	510
II. Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen	510
III. Materiell-rechtliche Voraussetzungen der Abschiebungshaft	512
1. Vorbereitungshaft (§ 62 Abs. 2 AufenthG)	512
2. Sicherungshaft (§ 62 Abs. 3 AufenthG)	513
IV. Ausreisegewahrsam	515
V. Vorläufige behördliche Ingewahrsamnahme	517
VI. Gerichtliches Verfahren	518
1. Verfahren vor dem Amtsgericht	518
2. Anordnung einer vorläufigen Freiheitsentziehung (§ 427 FamFG)	521
3. Rechtsmittel nach dem FamFG	522
4. Antrag auf Feststellung der Rechtswidrigkeit	523
E. Pflichten der Beförderungs- und Flug(hafen)unternehmer	523
I. Übersicht und Grundlagen	523
II. Beförderungsverbot	524
III. Rückbeförderungspflichten	525
IV. Pflichten der Flughafenundernehmer	526
 3. Teil: Europarechtlich geprägte Aufenthaltsrechte	
§ 6 Das Aufenthaltsrecht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen	529
A. Die Entwicklung eines eigenständigen Aufenthaltsrechts für Unionsbürger und ihre Familienangehörigen	530
B. Die Freizügigkeitstatbestände nach dem FreizügG/EU	531
I. Regelungssystematik	531
II. Kurzaufenthalt bis zu einer Dauer von drei Monaten	532
III. Einzelne Freizügigkeitstatbestände	533
1. Arbeitnehmer	533
2. Arbeitssuchende	534
3. Niedergelassene selbständige Erwerbstätige	534
4. Dienstleistungserbringer	534
5. Dienstleistungsempfänger	535
6. Nichterwerbstätige	535
7. Familienangehörige	535
8. Daueraufenthaltsberechtigte	536
C. Einreise und verfahrensrechtliche Regelungen	537
I. Einreise in die Bundesrepublik Deutschland	537
II. Meldebehördliches und ausländerbehördliches Verfahren	537
1. Unionsbürger	537
2. Familienangehörige	538
3. Verfahren bei Erwerb des Daueraufenthaltsrechts	539
D. Der Verlust des Rechts auf Einreise und Aufenthalt	540
I. Allgemeines	540
II. Einzelne Verlusttatbestände	540
1. Verlustfeststellung bei Wegfall der Freizügigkeitsvoraussetzungen nach § 5 Abs. 4 FreizügG/EU	540
2. Verlustfeststellung infolge Täuschung oder Scheinehe	542
3. Verlustfeststellung aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit	542

III.	Rechtsfolgen der Verlustfeststellung	548
1.	Regelungssystematik	548
2.	Ausreisepflicht	549
3.	Ausreisefrist und Abschiebungsandrohung	549
4.	Einreiseverbot, Aufenthaltsverbot und Befristung	550
E.	Übergangsvorschriften zur EU-Erweiterung	550
§ 7	Aufenthaltsrecht nach EU-Assoziationsrecht	553
A.	Typologie und Rechtsnatur des Assoziationsrechts	555
I.	Allgemeines	555
II.	Rechtsnatur der Assoziationsabkommen	555
III.	Rechtsprechungskompetenz des EuGH	557
IV.	Aufenthaltsrechtliche Wirkung assoziationsrechtlicher Regelungen	557
B.	Assoziationsrechtliche Rechtsstellung türkischer Staatsangehöriger	558
I.	Entwicklung des Assoziationsrechts zwischen der EU und der Türkei	558
II.	Allgemeine Grundprinzipien des assoziationsrechtlichen Aufenthaltsrechts türkischer Staatsangehöriger	559
III.	Aufenthaltsrecht türkischer Arbeitnehmer nach Art. 6 ARB 1/80	560
1.	Der Begriff des Arbeitnehmers	560
2.	Zugehörigkeit zum regulären Arbeitsmarkt	561
3.	Ordnungsgemäße Beschäftigung	562
4.	Unterbrechung von Beschäftigungszeiten	562
5.	Stufenfolge der assoziationsrechtlichen Rechtsstellung des türkischen Arbeitnehmers	563
6.	Erlöschen der Rechtsstellung aus Art. 6 Abs. 1 ARB 1/80	563
7.	Aufenthaltsrechtliche Rechtsfolgen	565
IV.	Aufenthaltsrecht der Familienangehörigen türkischer Arbeitnehmer nach Art. 7 ARB 1/80	566
1.	Das Aufenthaltsrecht der Familienangehörigen nach Art. 7 S. 1	566
2.	Das Aufenthaltsrecht der Kinder türkischer Arbeitnehmer nach Art. 7 S. 2 ARB 1/80	570
3.	Erlöschen des Aufenthaltsrechts aus Art. 7 ARB 1/80	572
V.	Aufenthaltsrecht aus diskriminierungsfreiem Bildungszugang nach Art. 9 ARB 1/80?	575
1.	Diskriminierungsfreier Bildungszugang	575
2.	Aufenthaltsrechtliche Relevanz	576
VI.	Aufenthaltsrechtliche Wirkung des Diskriminierungsverbots des Art. 10 ARB 1/80	577
1.	Diskriminierungsverbot zugunsten türkischer Arbeitnehmer in Art. 10 Abs. 1 ARB 1/80	577
2.	Anspruch auf Unterstützung durch Arbeitsämter bei der Arbeitsplatzsuche nach Art. 10 Abs. 2 ARB 1/80	579
VII.	Die stand-still-Klauseln des Art. 13 ARB 1/80 und Art. 41 Abs. 1 ZP	579
1.	Wirkungsweise der Stillhalteklausele des Art. 13	579
2.	Anwendungsbereich der Stillhalteklausele des Art. 13 ARB 1/80	582
3.	Stillhalteklausele nach Art. 41 Abs. 1 ZP	585
VIII.	Die Schranke der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit aus Art. 14 ARB 1/80	586
1.	Systematik der Schrankenregelung des Art. 14 Abs. 1 ARB 1/80	586
2.	Materielle Anforderungen an die Ausweisung türkischer Assoziationsberechtigter und ihrer Familienangehörigen	589
3.	Verfahrensrechtliche Vorgaben für die Ausweisung Assoziationsberechtigter	591

C. Weitere assoziationsrechtliche Aufenthaltsrechte	591
I. Aufenthaltsrecht nach dem EWR-Abkommen (Island, Lichtenstein, Norwegen)	591
II. Die aufenthaltsrechtliche Stellung Schweizer Staatsangehöriger	592
4. Teil: Verwaltungsverfahren und Rechtsschutz	
§ 8 Verwaltungsverfahren und Mitteilungspflichten	593
A. Ablauf des Verfahrens im Überblick	593
B. Einzelregelungen des AufenthG zum Verwaltungsverfahren	594
I. Zuständigkeitsregelungen	594
II. Besondere Beteiligungsregelungen	596
III. Weisungsrechte der Bundesregierung	597
IV. Antragerfordernis und Mitwirkungspflichten	597
C. Datenerhebung und Mitteilungspflichten nach §§ 87, 88 AufenthG	598
I. Datenschutz und Datenerhebung	598
II. Datenerhebung	598
III. Datenübermittlung	599
IV. Allgemeine Voraussetzung der Übermittlungspflicht	600
1. Begriff der öffentlichen Stelle	600
2. Behördeneigenschaft als Anknüpfungspunkt	600
3. Voraussetzungen der Übermittlungspflicht	601
4. Rechtsgrundlage für Datenerhebung im Krankenhaus	601
5. Kenntniserlangung ohne Datenerhebung	602
V. Gesetzliche Einschränkung der Übermittlungspflicht	603
1. Beschränkung der Übermittlungspflicht in der Praxis	603
2. Einschränkung nach Art der Tätigkeit	604
VI. Besondere gesetzliche Verwendungsregelungen	604
1. Allgemeine Einordnung	604
2. Originäre Mitteilungspflichten im öffentlichen Krankenhaus	605
3. Bereichsspezifische Offenbarungsbefugnisse	607
VII. Antrag auf Kostenübernahme und nachfolgende Krankenbehandlung	608
§ 9 Rechtsschutz	611
A. Verfassungsrechtliche Vorgaben	613
I. Rechtsschutzgarantie (Art. 19 Abs. 4 GG)	613
1. Gegenstand und Umfang	613
2. Zulässige Zugangsbeschränkungen	614
3. Recht auf effektiven Rechtsschutz	617
II. Anspruch auf rechtliches Gehör (Art. 103 Abs. 1 GG)	619
1. Recht auf Information, insbesondere Akteneinsichtsrecht	619
2. Recht auf Äußerung	620
3. Recht auf Berücksichtigung	620
III. Recht auf den gesetzlichen Richter (Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG)	621
B. Rechtswege im Ausländerrecht	621
C. Verwaltungsgerichtliches Verfahren	622
I. Die Strukturprinzipien im ausländerrechtlichen Verfahren	622
1. Amtsermittlungspflicht	622
2. Mitwirkungsobliegenheiten der Beteiligten	629
3. Dispositionsmaxime	630
4. Mündlichkeitsgrundsatz	630
5. Besonderheiten aufgrund der Sprache	631
II. Vorläufiges Rechtsschutzverfahren	632
1. Allgemeines	632

2. Zulässigkeit	633
3. Begründetheitsfragen	637
4. Rechtsmittel	643
5. Gerichtlicher Schiebeschluss	644
III. Hauptsacheverfahren vor dem Verwaltungsgericht	645
1. Allgemeine Sachurteilsvoraussetzungen	645
2. Richtige Klageart	647
3. Klagebefugnis	662
4. Vorverfahren	667
5. Klagefrist, Rechtsschutzinteresse, Klagerücknahmefiktion	668
6. Begründetheitsfragen	670
IV. Das Rechtsmittel der Berufung	672
1. Das Verfahren bei Antrag auf Zulassung der Berufung	673
2. Das Verfahren bei Zulassung der Berufung durch das VG	680
3. Berufungsverfahren und Berufungsentscheidung	681
V. Das Rechtsmittel der Revision	685
1. Das Verfahren bei nicht zugelassener Revision	685
2. Das Verfahren bei Zulassung der (Sprung-)Revision durch eine der Vorinstanzen	694
3. Revisionsverfahren und Revisionsentscheidung	696
VI. Verfahren nach § 58a AufenthG vor dem BVerwG	699
VII. Vorabentscheidungsverfahren (Art. 267 AEUV)	699
VIII. Kosten und Streitwert	700
D. Außerordentliche Rechtsbehelfe	703
I. Verfassungsbeschwerde zum BVerfG	703
1. Vertretung	704
2. Anforderungen an die Begründung	704
3. Frist	705
4. Erfordernis der Rechtswegerschöpfung/Subsidiarität	706
5. Besonderheiten bei Rechtssatzverfassungsbeschwerden	708
6. Annahmeverfahren	708
7. Kosten	709
II. Verfassungsbeschwerde zu den Landesverfassungsgerichten	709
III. Individualbeschwerde zum EGMR	710

5. Teil: Straftaten und Ordnungswidrigkeiten nach dem AufenthG

§ 10 Straftaten und Ordnungswidrigkeiten nach dem AufenthG	715
A. Einführung	717
B. Die Straftatbestände des AufenthG	717
I. Die Grundtatbestände in § 95 AufenthG	717
1. Der passlose Aufenthalt (Abs. 1 Nr. 1)	717
2. Der einfache unerlaubte Aufenthalt (Abs. 1 Nr. 2)	719
3. Die einfache unerlaubte Einreise (Abs. 1 Nr. 3)	723
4. Verstoß gegen Ausreiseverbot oder Verbot der politischen Betätigung (Abs. 1 Nr. 4)	725
5. Unrichtige oder unvollständige Angaben (Abs. 1 Nr. 5)	725
6. Nichtduldung erkennungsdienstlicher Maßnahmen (Abs. 1 Nr. 6)	727
7. Verstoß gegen Beschränkungen bei ausgewiesenen Ausländern (Abs. 1 Nr. 6a)	727
8. Wiederholter Verstoß gegen räumliche Beschränkung bei ausreisepflichtigen Ausländern (Abs. 1 Nr. 7)	730
9. Geheimbündelei (Abs. 1 Nr. 8)	731

10. Illegale Erwerbstätigkeit bei Inhabern eines Schengen-Visums (Abs. 1a)	732
11. Unerlaubte Einreise und unerlaubter Aufenthalt nach Abschiebung, Zurückschiebung oder Ausweisung (Abs. 2 Nr. 1)	733
12. Erschleichen eines Aufenthaltstitels oder einer Duldung (Abs. 2 Nr. 2)	734
II. Einschleusen von Ausländern (§§ 96, 97 AufenthG)	736
1. Grundtatbestand des Einschleusens von Ausländern (§ 96 Abs. 1 AufenthG)	736
2. Qualifikationstatbestand des § 96 Abs. 2 AufenthG	741
3. Verbrechenstatbestand des § 97 AufenthG	743
4. Entsprechende Anwendung im Falle von Taten zum Nachteil anderer Unionsstaaten (§§ 96 Abs. 4, 97 AufenthG)	743
C. Die Bußgeldtatbestände des AufenthG (§ 98 AufenthG)	744
I. Allgemeines	744
II. Überblick über die einzelnen Bußgeldtatbestände	745
1. Der fahrlässige passlose oder illegale Aufenthalt im Bundesgebiet (Abs. 1)	745
2. Fehlender Nachweis über ein assoziationsrechtliches Aufenthaltsrecht (Abs. 2 Nr. 1)	745
3. Sich-Entziehen der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs (Abs. 2 Nr. 2)	746
4. Nichtbefolgung ausweisrechtlicher Pflichten (Abs. 2 Nr. 3)	746
5. Nichtteilnahme am Integrationskurs (Abs. 2 Nr. 4)	746
6. Beauftragung eines Ausländers mit nachhaltigen Werk- oder Dienstleistungen (Abs. 2 a)	747
7. Verstoß gegen Mitteilungspflicht bei Ausbildung eines geduldeten Ausländers (Abs. 2 b)	747
8. Ausübung einer selbstständigen Erwerbstätigkeit ohne Genehmigung (Abs. 3 Nr. 1)	748
9. Verstoß gegen vollziehbare Auflagen (Abs. 3 Nr. 2)	748
10. Verstoß gegen die gesetzliche Pflicht zur Wohnsitznahme (Abs. 3 Nr. 2a)	748
11. Verstoß gegen Aufenthaltsbeschränkung oder Wohnsitzanordnung (Abs. 3 Nr. 2b)	749
12. Verstoß gegen Grenzübertrittsformalitäten (Abs. 3 Nr. 3)	749
13. Verstoß gegen vollziehbare Anordnungen (Abs. 3 Nr. 4)	749
14. Verstoß gegen die Meldepflicht (Abs. 3 Nr. 5)	750
15. Verstoß gegen eine räumliche Beschränkung (Abs. 3 Nr. 5a)	750
16. Verstoß gegen die Antragspflicht als gesetzlicher Vertreter (Abs. 3 Nr. 6)	751
17. Verstoß gegen Rechtsverordnung nach § 99 Abs. 1 Nr. 3a, 7, 10 oder 13a AufenthG (Abs. 3 Nr. 7)	751

Anhang: Rechtsprechungskonkordanz

1. Europäischer Gerichtshof	753
2. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte	759
3. Bundesverfassungsgericht	762
4. Bundesverwaltungsgericht	771
5. Bundesgerichtshof	795
6. Oberverwaltungsgerichte	798

7. Verwaltungsgerichte 827

8. Weitere Gerichte 833

Sachverzeichnis 839